

Schriftliche Fragen

mit den in der Woche vom 5. Januar 1987
eingegangenen Antworten der Bundesregierung

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Becker (Nienberge) (SPD)	22, 23, 24	Purps (SPD)	5
Frau Borgmann (DIE GRÜNEN)	1, 2	Reschke (SPD)	15, 16, 17, 18
Büchler (Hof) (SPD)	20, 21	Schartz (Trier) (CDU/CSU)	13, 14
Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU)	19	Dr. Scheer (SPD)	31, 32, 33, 34
Dr. Holtz (SPD)	35, 36	Dr. Sperling (SPD)	29, 30
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	3	Stahl (Kempen) (SPD)	7, 8
Lowack (CDU/CSU)	10	Westphal (SPD)	11, 12
Müntefering (SPD)	25, 26, 27, 28	Wieczorek (Duisburg) (SPD)	6, 9
Dr. Penner (SPD)	4		

Verzeichnis der Fragen nach Geschäftsbereichen der Bundesregierung

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen
Frau Borgmann (DIE GRÜNEN) 1 Verweigerung der Aufnahme eines schwarzen Kindes in die Deutsche Schule Windhuk	Lowack (CDU/CSU) 5 Äußerungen über die Formel des Bundeskanzlers „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ im Wahlkampf 1983 in den „Informationen des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher“ vom 1. Dezember 1986
Jäger (Wangen) (CDU/CSU) 2 Schicksal des in der Sowjetunion inhaftierten Rußland-Deutschen Andrej Schmidt jun.; Intervention der Bundesregierung	
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
Dr. Penner (SPD) 2 Gleichstellung der Zollbeamten mit den Bundes- und Länderbeamten nach Ausführung des Beschlusses der Innenministerkonferenz für die Schutzpolizei	Westphal (SPD) 6 Kenntnis des Bundesministers für Verkehr von den die Stadt Dorsten betreffenden Streckenstilllegungsplänen der Deutschen Bundesbahn
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	Schartz (Trier) (CDU/CSU) 6 Stilllegung der Eisenbahnstrecke Trier—Apach (Frankreich); Verringerung der Beschäftigungszahl und der Zuständigkeit der Deutschen Bundesbahn im Bereich Trier
Purps (SPD) 2 Nichtverwirklichung der Forderung von Bundeskanzler Dr. Kohl nach Einführung eines Familiensplittings bei der Einkommensteuer	Reschke (SPD) 7 Bau einer Schnellbahnverbindung zwischen dem Ruhr- und dem Rhein-Main-Gebiet
Wieczorek (Duisburg) (SPD) 3 Anstieg der Einkommen- und Körperschaftsteuer deutscher Wirtschaftsunternehmen durch Gewinnerhöhung nach Abschaffung der Gewerbesteuer	Reschke (SPD) 7 Ausbau der Strecke Münster—Köln zur Erhöhung der Geschwindigkeit
Stahl (Kempen) (SPD) 3 Verhinderung der geplanten Entlassung von Zivilbediensteten bei den britischen Streitkräften im Raum Mönchengladbach	Reschke (SPD) 8 Prioritäten beim Ausbau der Bundesbahnstrecken Dortmund—Kassel und Köln—Frankfurt
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	Reschke (SPD) 8 Trassenführung für den Ausbau der Schnellbahnverbindung Köln—Brüssel—Paris
Wieczorek (Duisburg) (SPD) 4 Beurteilung voraussichtlicher Preissteigerungsraten beim Bruttosozialprodukt und privaten Verbrauch für 1987	Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
	Carstensen (Nordstrand) (CDU/CSU) 8 Vollschutz für Rabenkrähen, Elstern und Eichelhäher im Rahmen der Bundesartenschutzverordnung
	Büchler (Hof) (SPD) 9 Bereitstellungsgenehmigung und Höhe der Mittel zur Sanierung des Perlbaehes bei Rehau in Oberfranken

<i>Seite</i>	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie
Becker (Nienberge) (SPD) 9 Erhöhung der Projektionen der Arbeitslosen- und Erwerbslosenquote 1990 und 1995 in Niedersachsen auf Grund der tatsächlichen Entwicklung; Gründe für die Steigerung der Quoten in Niedersachsen angesichts des Rückgangs im übrigen Bundes- gebiet	Dr. Scheer (SPD) 13 Konzept der Bundesregierung zur Gewinnung von Wasserstoff durch regenerative Energie
Müntefering (SPD) 11 Aussagen von Bundesminister Dr. Schneider zum Prinzip der Kostenmiete im Sozialen Wohnungsbau	Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Müntefering (SPD) 12 Äußerung von Bundesminister Dr. Schneider über die Qualifikation seiner Beamten	Dr. Holtz (SPD) 15 Genehmigungen für Polizeihilfen an El Salvador und die Ausfuhr von Hubschraubern nach Suriname
Dr. Sperling (SPD) 12 Zahl der Baugenehmigungen 1986 im Vergleich zum Vorjahr	Dr. Holtz (SPD) 16 Anteil der Nahrungsmittelhilfe an der Entwicklungshilfe in den letzten vier Jahren

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordnete
**Frau
Borgmann**
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung den Bericht der Zeitung „The Namibian“ vom 21. November 1986 bestätigen, wonach die Aufnahme eines sechsjährigen Kindes von der Deutschen Schule Windhuk mit der Begründung verweigert wurde, daß das Kind „nicht weiß“ sei?

**Antwort des Staatsministers Möllemann
vom 2. Januar 1987**

Der Bundesregierung ist der Artikel „Another Victim of Prejudice“ von Seite 1 der Zeitung „The Namibian“ vom 21. November 1986 bekannt, wonach die Aufnahme der sechsjährigen Manuela Zachl von der Deutschen Schule Windhuk (DSW) mit der Begründung verweigert worden sein soll, das Kind sei „nicht weiß“.

2. Abgeordnete
**Frau
Borgmann**
(DIE GRÜNEN)
- Wenn ja, wie gedenkt die Bundesregierung gegen derart offensichtliche Formen der Rassendiskriminierung an einer von der Bundesregierung geförderten Institution vorzugehen?

**Antwort des Staatsministers Möllemann
vom 2. Januar 1987**

Bei der Deutschen Schule Windhuk (DSW) handelt es sich um eine Institution, die von der Bundesregierung keine Fördermittel erhält und daher hinsichtlich der Schülerzulassung nicht beeinflusst werden kann. Finanzielle Zuwendungen und Entsendung deutscher Lehrkräfte erfolgen hingegen an die Deutsche Höhere Privatschule (DHPS), wie sich aus der Antwort der Bundesregierung vom 14. April 1986 (Drucksache 10/5312, S. 12) auf Frage 4 b zur Namibia-Politik der Bundesregierung ergibt.

3. Abgeordneter
**Jäger
(Wangen)**
(CDU/CSU)
- Was ist der Bundesregierung über das Schicksal und den Gesundheitszustand des Rußland-Deutschen Andrej (Heinrich) Schmidt jun. bekannt, der als bekennender Christ und Mitglied der Baptistengemeinde von Dshatysai in der Kasachischen Sowjetrepublik 1983 zu vier Jahren Straflager verurteilt worden ist und in der Haft trotz seiner schweren Tuberkuloseerkrankung gefoltert wird, und was gedenkt die Bundesregierung zugunsten einer Freilassung von Schmidt gegenüber der sowjetischen Regierung zu unternehmen?

**Antwort des Staatsministers Möllemann
vom 2. Januar 1987**

Der Fall des in der Sowjetunion inhaftierten Baptisten Andrej (Heinrich) Schmidt ist dem Auswärtigen Amt bekannt.

Bundesminister Genscher hat bei seinem Besuch in Moskau vom 20. bis 22. Juli 1986 mit Blick auf diesen Fall und andere vergleichbare Fälle die sowjetische Führung dringend zu einer großzügigen Haltung gegenüber unseren humanitären Anliegen aufgefordert.

Wie Sie wissen, ist so ein ständiges, grundsätzliches Anliegen der Bundesregierung, die sowjetische Führung zu positiven Lösungen für die in der Sowjetunion wegen ihres religiösen Bekenntnisses oder ihres Eintretens für humanitäre Belange verfolgten Deutschen zu veranlassen. Zuletzt hat dies unser Botschafter Dr. Eickhoff am 3. Dezember 1986 vor dem KSZE-Folgetreffen in Wien erneut gefordert.

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

4. Abgeordneter
Dr. Penner
(SPD)
- Wie wird die Bundesregierung die Gleichbehandlung der Zollbeamten mit vergleichbaren Bundes- und Länderbeamten sicherstellen, wenn der Beschluß der Innenministerkonferenz vom 18. April 1986 für die Schutzpolizei verwirklicht wird?

Antwort des Staatssekretärs Neusel vom 2. Januar 1987

Durch Rechtsverordnung der Bundesregierung vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2629) sind mit Zustimmung des Bundesrates die Stellenobergrenzen für die Beamten des mittleren Dienstes der Schutzpolizei in den Besoldungsgruppen A 8 und A 9 entsprechend dem Vorschlag der Innenministerkonferenz vom 18. April 1986 angehoben worden. Die Innenministerkonferenz und später auch der Innenausschuß des Bundesrates haben festgestellt, daß die Aufgaben der Beamten des mittleren Dienstes bei der Schutzpolizei seit 1971 schwieriger und umfangreicher geworden sind.

Die Verordnung vom 19. Dezember 1986 berücksichtigt danach besondere zusätzliche polizeieigentliche Belastungen, die in anderen Bereichen nicht in vergleichbarem Maße eingetreten sind. Die Innenministerkonferenz hat für andere Beamtengruppen der Länder im Zusammenhang mit dem Beschluß vom 18. April 1986 keine Verbesserungen vorgeschlagen. Auch im Bundesrat sind entsprechende Vorschläge nicht gemacht worden.

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

5. Abgeordneter
Purps
(SPD)
- Warum hat die Bundesregierung die Pläne zur Einführung eines Familiensplittings bei der Einkommensteuer, die Bundeskanzler Kohl in den Regierungserklärungen vom 13. Oktober 1982 und 4. Mai 1983 gefordert hat, nicht weiter verfolgt und sich statt dessen auf die Einführung von steuerlichen Kinderfreibeträgen beschränkt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Häfele vom 3. Januar 1987

Wie die Bundesregierung in ihrer Begründung zum Entwurf eines Gesetzes zur leistungsfördernden Steuersenkung und zur Entlastung der Familie (Steuersenkungsgesetz 1986/1988) ausgeführt hat, ließ sich ein Familiensplitting nach den bei den Vorarbeiten gewonnenen Erkenntnissen kurzfristig nicht verwirklichen. Die Bundesregierung hat deshalb statt

eines Familiensplittings zunächst die Einführung eines erhöhten Kinderfreibetrags vorgeschlagen, um eine spürbare Entlastung der Familien mit Kindern bereits ab 1. Januar 1986 zu ermöglichen, und betont, daß der Gedanke eines Familiensplittings weiter geprüft wird (Drucksache 10/2884, unter I 5 b der Begründung – S. 96).

Entsprechend der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 14. November 1985 (vgl. Drucksache 10/4221) prüft die Bundesregierung, ob es sinnvoll möglich ist, den Kinderlastenausgleich bei den Finanzämtern zusammenzufassen (sogenannte Finanzamtslösung). In einem vom Bundesminister der Finanzen hierzu in Auftrag gegebenen Planspiel wird zur Zeit untersucht, ob durch eine solche Zusammenfassung der Verwaltungsaufwand gemindert werden kann. Dabei wird auch das Modell einer Splittinglösung untersucht. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

6. Abgeordneter
Wieczorek
(Duisburg)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß sich eine Abschaffung der Gewerbesteuer fast zur Hälfte dadurch finanziert, daß die Unternehmen durch Gewinnerhöhungen mehr Einkommen- und Körperschaftsteuer zahlen müssen, so daß sich die Einkommen- und Körperschaftsteuerbelastung der deutschen Wirtschaftsunternehmen um rund 15 Milliarden DM im Jahr erhöhen würden?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss vom 6. Januar 1987

Die Gewerbesteuer ist bei der Gewinnermittlung als Betriebsausgabe abzugsfähig. Bei einer Abschaffung der Gewerbesteuer würde sich die Bemessungsgrundlage für die Einkommensteuer/Körperschaftsteuer entsprechend erweitern. Dadurch dürften sich die Einkommen- und Körperschaftsteuer um schätzungsweise rund 15 Milliarden DM erhöhen; das wäre fast die Hälfte des Gewerbesteueraufkommens.

7. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Welche neueren Erkenntnisse, bezogen auf die Antwort der Bundesregierung vom 24. September 1986 auf meine mündlichen Fragen 29 und 30 (hinsichtlich Anzahl und Qualifikationen der Betroffenen), hat die Bundesregierung über die neuen Planungen der britischen Militärdienststellen im Raum Mönchengladbach/Kreis Viersen, wonach Aufgaben, soweit sie bislang von Zivilangestellten erledigt werden, künftig durch den Einsatz von Teilzeitkräften oder von Angehörigen der britischen Soldaten erledigt werden sollen, und zu welchem Zeitpunkt ist mit den ersten Entlassungen zu rechnen?
8. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Welche ausgleichenden Maßnahmen – arbeitsmarktpolitische Art und/oder die Fürsorgepflicht der Bundesregierung betreffend, denn schließlich sind diese Arbeitnehmer schon seit vielen Jahren im gleichen Verteidigungsbündnis, also im bundesdeutschen öffentlichen Interesse tätig, wie die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr – gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, und hält es die Bundesregierung nicht für sinnvoll, hierüber mit den zuständigen Gewerkschaften in Verhandlungen zu treten?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Voss
vom 5. Januar 1987**

Nach dem bisher der Bundesregierung bekanntgewordenen Stand der Überlegungen der britischen Stationierungstreitkräfte sind Entscheidungen über die Vergabe von Versorgungsleistungen an private Unternehmen nicht getroffen worden. Der im Auftrag der britischen Stationierungstreitkräfte erstellte Kommissionsbericht, welche Versorgungsbereiche im Hinblick auf eine wirtschaftlich zweckmäßige Vertragsvergabe näher zu untersuchen wären, soll jedoch in Kürze den Hauptbetriebsvertretungen beim Hauptquartier der britischen Rheinarmee (BAOR) und beim Hauptquartier der britischen Luftwaffe (RAFG) zur Stellungnahme zugehen.

Damit läßt sich noch nicht sagen, ob es zu Entlassungen kommen wird und gegebenenfalls zu welchem Zeitpunkt.

Sollten jedoch Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz durch Privatisierungsmaßnahmen (Kontraktvergabe) verlieren, greifen die tariflichen Bestimmungen über den Kündigungs- und Einkommensschutz ein, die einen Unterbringungsanspruch, unter Umständen mit Absicherung der Grundvergütung, enthalten, sowie einen Anspruch auf Abfindung, wenn eine Weiterbeschäftigung im Bereich der Stationierungstreitkräfte nicht möglich ist. Eine darüber hinausgehende Fürsorgepflicht der Bundesregierung besteht in diesen Fällen nicht.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

9. Abgeordneter **Wieczorek (Duisburg) (SPD)** Wie hoch werden die Preissteigerungsraten beim Bruttosozialprodukt und beim Privaten Verbrauch für 1987 vom Sachverständigenrat, von der Bundesbank und von den einzelnen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten eingeschätzt?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Grüner
vom 7. Januar 1987**

Der Sachverständigenrat erwartet für 1987 eine Zuwachsrate des Preisindex des Bruttosozialprodukts von 2 v. H. und des Privaten Verbrauchs von 1 v. H. 1986 betragen diese Raten rund 3 v. H. bzw. – 0,5 v. H. In der Gemeinschaftsdiagnose hatten die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute im vergangenen Herbst für 1987 eine Preissteigerung beim Bruttosozialprodukt von ebenfalls 2 v. H. und für den Privaten Verbrauch von 1,5 v. H. unterstellt. Seitdem haben vier an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligte und andere Forschungsinstitute neuere eigene Prognosen veröffentlicht. Deren Preisvorausschätzungen lauten:

	Preisindex des	
	Brutto- sozial- produkts	Privaten Ver- brauchs
	– in v. H. –	
Institut für Weltwirtschaft (Kiel)	1,5	1,0
Ifo-Institut für Wirt- schaftsforschung (München)	2	0,5 bis 1
HWWA-Institut für Wirt- schaftsforschung (Hamburg)	2	1,0

	Preisindex des	
	Brutto- sozial- produkts	Privaten Ver- brauchs
	– in v. H. –	
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Berlin)	1,5	1,0
Wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Institut des DGB (Düsseldorf)	2,5	1,5
Institut der deutschen Wirtschaft (Köln)	1,5	1,0

Prognosen der Deutschen Bundesbank werden nicht veröffentlicht.

Das Bundesministerium für Wirtschaft rechnet mit einer Preissteigerungsrate beim Bruttosozialprodukt von rund 1,5 v. H. und für den Privaten Verbrauch zwischen 0 v. H. und 1 v. H.

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

10. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zur Äußerung in den Informationen des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO), Ausgabe 1./2. Dezember 1986, in der behauptet wird, Bundeskanzler Dr. Kohl habe mit der Formel „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ im Wahlkampf 1983 die Öffentlichkeit getäuscht und habe seine „Sabotage an möglichen Entspannungserfolgen noch durch die Verpestung des politischen Klimas bekräftigt“ (S. 5 des ZMO-Blattes), und trifft es tatsächlich zu, daß der ZMO den Druck dieser Zeitschrift aus Bundeshaushaltsmitteln finanziert?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Hennig vom 7. Januar 1987

Bei den genannten Äußerungen in den „ZMO-Notizen“ – Ausgabe 1./2. Dezember 1986 – handelt es sich um einen persönlichen Kommentar, zu dessen fragwürdigem Inhalt von Seiten der Bundesregierung im einzelnen Stellung zu nehmen sich erübrigt; ihn haben Autor, Herausgeber und Redaktion zu vertreten.

Die Bundesregierung hat die von ihr verfolgte Friedens- und Sicherheitspolitik in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Dr. Kohl vom 4. Mai 1983 deutlich gemacht und seither in ihren Gesamtzusammenhängen immer wieder erläutert.

Für deutschlandpolitische Informationen in seiner Verbandszeitschrift „ZMO-Notizen“ hat der „Zentralverband Mittel- und Ostdeutscher e. V.“ im Haushaltsjahr 1986 Bundeszuschüsse aus dem Einzelplan des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen in Höhe von 10 000 DM erhalten.

Die auch anderen Organen der Flüchtlings- und Vertriebenenpresse für ihre deutschlandpolitische Informationsarbeit gewährte Förderung wird unabhängig von dem dort ansonsten vertretenen Meinungsspektrum erbracht.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

11. Abgeordneter
Westphal
(SPD)
- Weiß der Bundesminister für Verkehr, daß die Deutsche Bundesbahn beabsichtigt, noch vor Abschluß der Verhandlungen mit dem Land Nordrhein-Westfalen alle 16 Zugpaare, die bisher zwischen Wanne-Eickel Hbf. und Borken über Dorsten verkehren, nicht mehr Wanne-Eickel anlaufen zu lassen und damit die von etwa 1 100 Fahrgästen täglich genutzte, für die Herner Bürger wichtige Direktverbindung der Strecke 315 (VRR 25) zu zerstören?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Schulte vom 30. Dezember 1986

Von den interessierten Gebietskörperschaften insbesondere vom Kreis Borken und den Städten Borken und Dorsten – unterstützt durch den Regierungspräsidenten und die Industrie- und Handelskammer – wird eine umsteigefreie Erreichbarkeit des Oberzentrums Essen gefordert.

Nach Mitteilung der Deutschen Bundesbahn (DB) steht sie diesen Vorschlägen aufgeschlossen gegenüber. Eine Realisierung ist im Rahmen eines neuen Konzeptes für den Raum Borken—Dorsten—Essen/Wanne-Eickel möglich.

Eine endgültige Entscheidung für den Jahresfahrplan 1987/88 hat die DB z. Z. noch nicht getroffen. Es steht jedoch fest, daß Wanne-Eickel auch weiterhin von Dorsten umsteigefrei erreichbar bleibt.

12. Abgeordneter
Westphal
(SPD)
- Steht der Bundesminister für Verkehr noch zu seiner Aussage vom 17. Januar 1986 gegenüber der Stadt Dorsten, daß Stilllegungen auf den Dorsten berührenden Bundesbahnstrecken nicht beabsichtigt sind, und was wird der Minister zur Einhaltung seines Versprechens tun?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Schulte vom 30. Dezember 1986

Der Bundesminister für Verkehr steht zu seiner Aussage vom 17. Januar 1986 in Dorsten zur Schienenbedienung dieses Raumes. Im übrigen ist diese Region in die Verhandlungen zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und der Deutschen Bundesbahn zur zukünftigen Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs in Nordrhein-Westfalen einbezogen.

13. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU)
- Entsprechen Pressemeldungen der Wahrheit (Trierischer Volksfreund vom 16. Dezember 1986), die Anlaß geben zu befürchten, daß die Eisenbahnstrecke Trier/Apach (Frankreich) stillgelegt werden soll?

Antwort des Staatssekretärs Bayer vom 6. Januar 1987

Die von Ihnen erwähnte Pressemeldung entspricht nicht der Wahrheit.

Nach Mitteilung der Deutschen Bundesbahn (DB) besteht kein Anlaß zu befürchten, daß die Eisenbahnstrecke Trier—Apach stillgelegt werden wird.

Eine entsprechende Klarstellung hat die zuständige Dienststelle der DB in der Zeitung „Trierischer Volksfreund“ am 24./25. Dezember 1986 veranlaßt.

14. Abgeordneter **Schartz (Trier)** (CDU/CSU) Sind für die Zukunft Maßnahmen der Deutschen Bundesbahn (DB) geplant, die eine Verringerung der Beschäftigungszahl oder eine Verringerung der Zuständigkeit der DB im Bereich Trier zur Folge haben?

Antwort des Staatssekretärs Bayer vom 6. Januar 1987

Durch Rationalisierungsmaßnahmen im betrieblichen Bereich werden bis 1989 im Raum Trier ca. 40 Dienstposten entfallen.

Der Verkehrsabrechnungsdienst in Trier wird z. Z. mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitsabläufe und der Kostensenkung untersucht. Diese Untersuchung wird voraussichtlich Ende Februar 1987 abgeschlossen sein.

15. Abgeordneter **Reschke** (SPD) Unterstützt die Bundesregierung die Forderung der Industrie- und Handelskammer Essen und neun weiteren IHK-Kammern des Rhein-Ruhr- und des Rhein-Main-Gebietes sowie des Kommunalverbandes Ruhr (KVR), das Ruhrgebiet und den Wirtschaftsraum im Rhein-Main-Gebiet unverzüglich durch eine Schnellbahnverbindung miteinander zu verknüpfen, da von einem Ausbau des Schienenschnellnetzes wichtige Impulse für die weitere Entwicklung der größten Industrieregionen der Bundesrepublik Deutschland ausgehen?

Antwort des Staatssekretärs Bayer vom 6. Januar 1987

Im Bundesverkehrswegeplan 1985 ist die Schnellbahnverbindung Köln—Rhein/Main im Vordringlichen Bedarf enthalten. Die Deutsche Bundesbahn (DB) untersucht derzeit großräumige Alternativen der Trassenführung.

Der Bundesverkehrswegeplan 1985 weist ferner die Ausbaustrecke Münster—Köln aus. Der Entwurf des Wirtschaftsplans der DB für das Jahr 1987 enthält hierfür erste Ausgaben.

16. Abgeordneter **Reschke** (SPD) Wann wird der Ausbau zur Erhöhung der Geschwindigkeit der Strecke Münster—Dortmund—Essen—Köln mit welchen Kosten beendet sein?

Antwort des Staatssekretärs Bayer vom 6. Januar 1987

Die Deutsche Bundesbahn strebt an, den Ausbau der Strecke Münster—Köln bis 1993 abzuschließen; sie hat hierfür 175 Millionen DM veranschlagt.

17. Abgeordneter
Reschke
(SPD)
- Vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Ausbau der Strecke Dortmund—Kassel für die Deutsche Bundesbahn günstiger ist als der geplante Neubau der Rheinschiene Köln—Frankfurt, bzw. welche Strecke wird vorrangig ausgebaut?

**Antwort des Staatssekretärs Bayer
vom 6. Januar 1987**

Beide genannten Strecken sind im Vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes 1985 enthalten.

Nach Abschluß der Untersuchungen über alternative Trassenführungen für die Neubaustrecke Köln—Rhein/Main und der Vorplanung sowie des Wirtschaftlichkeitsnachweises für die Ausbaustrecke Dortmund—Kassel wird es entscheidend vom Verlauf der planungsrechtlichen Verfahren abhängen, in welchem Zeitraum die beiden Vorhaben realisiert werden können.

18. Abgeordneter
Reschke
(SPD)
- Mit welcher Trassenführung gibt die Bundesregierung dem Ausbau der Schnellbahnverbindung Köln—Brüssel—Paris den Vorrang, und über welche Trassen sollen die Wirtschaftsräume der Bundesrepublik Deutschland mit dem europäischen Netz verbunden werden?

**Antwort des Staatssekretärs Bayer
vom 6. Januar 1987**

Für eine Schnellbahnverbindung Paris—Brüssel—Köln/Amsterdam gibt es mehrere, wirtschaftlich nahezu gleichwertige Trassenvarianten. Die Verkehrsminister der beteiligten Länder haben deshalb am 22. Dezember 1986 eine Arbeitsgruppe beauftragt, im Laufe des Jahres 1987 einen einheitlichen Trassenvorschlag vorzulegen. Die Bundesregierung mißt dabei einer angemessenen Anbindung Aachens besondere Bedeutung zu.

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

19. Abgeordneter
Carstensen
(Nordstrand)
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen sind bei der Novellierung der Bundesartenschutzverordnung die Rabenkrähen, Elstern und Eichelhäher unter Vollschutz gestellt worden, obwohl der Agrarausschuß darauf hingewiesen hat, daß die Einbeziehung der drei Rabenvögel in den besonderen Schutz den Bestand anderer sensibler Tier- und Vogelarten negativ beeinflussen und zu einer Verschlechterung der derzeitigen ökologischen Situation führen würde?

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 5. Januar 1987**

In der Sache stimmt die Bundesregierung mit dem Agrarausschuß voll überein.

Die Aufnahme von Elster, Eichelhäher und Rabenkrähe in die Liste der besonders geschützten Vogelarten der neuen Bundesartenschutzverord-

nung war allerdings wegen der EG-Vogelschutzrichtlinie aus Rechtsgründen geboten. Die zuständige Dienststelle der EG-Kommission hat in einer schriftlichen Stellungnahme zum Verordnungsentwurf vom 3. November 1986 darauf hingewiesen, daß die Nichtaufnahme der drei Rabenvogelarten in die Liste der besonders geschützten Arten derzeit eine mit Artikel 9 der Richtlinie unvereinbare Legalausnahme darstellen würde.

Bei dieser Ausgangslage hatte die Bundesregierung keine andere Wahl, als die Vorgabe der Richtlinie zu respektieren.

Die Aufnahme der strittigen Vogelarten in die Liste der besonders geschützten Arten hält die Bundesregierung jedoch auf Dauer nicht für tragbar.

Deshalb wird sie sich umgehend bei der EG-Kommission für eine entsprechende Änderung der Richtlinie einsetzen. Kommt es dazu, so wird die Bundesregierung dem Bundesrat die entsprechende Änderung der Bundesartenschutzverordnung vorlegen und damit dem Petitum des Agrarausschusses folgen.

Die derzeitige Einbeziehung der drei strittigen Vogelarten in den besonderen Artenschutz bedeutet allerdings auch jetzt keinen absoluten Schutz der Rabenvögel. Denn die Länder können gemäß § 20 g Abs. 6 des Bundesartenschutzgesetzes Ausnahmen von den artenschutzrechtlichen Verboten zulassen, beispielsweise zum Schutz der heimischen Tierwelt oder zur Abwendung erheblicher landwirtschaftlicher Schäden.

- | | |
|---|---|
| 20. Abgeordneter
Büchler
(Hof)
(SPD) | Wann wurde von der Bundesregierung die Genehmigung zur Bereitstellung der Mittel zur Sanierung des Perlbaehes bei Rehau in Oberfranken erteilt, insbesondere Mittel zur Erhaltung des Edelmuschelbestandes? |
| 21. Abgeordneter
Büchler
(Hof)
(SPD) | In welcher Höhe wurden Mittel für obige Maßnahmen bereitgestellt? |

**Antwort des Staatssekretärs Dr. Wagner
vom 6. Januar 1987**

Für Maßnahmen zur dauerhaften Sicherung der Flußperlmuschel-Population im Zinnbach, Stadt Rehau, Landkreis Hof, hat die Bundesregierung mit Bescheid vom 19. August 1985 erstmals Bundesmittel aus dem Titel „Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung“ zur Verfügung gestellt. Bis einschließlich 1987 wurden der Stadt Rehau für dieses Vorhaben 1,52 Millionen DM Bundesmittel, das sind 80 v. H. der Gesamtkosten von 1,9 Millionen DM, bewilligt.

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

- | | |
|--|---|
| 22. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) | Um wieviel Prozent müssen die Projektionen der Arbeitslosenquote für 1990 (10,0 v. H.) und 1995 (10,4 v. H.) in Niedersachsen, die die Bundesregierung in der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau „Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwick- |
|--|---|

lung in den Raumordnungsregionen 1978 – 1995“ im Jahre 1985 veröffentlicht hat, heraufgesetzt werden, wenn die Projektion der Arbeitslosenquote für 1985 in Niedersachsen mit 8,2 v. H. tatsächlich um 4,1 v. H. übertroffen wurde?

23. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Um wieviel Prozent müssen die Projektionen der Quoten des Erwerbslosenpotentials, die für 1985 mit 11,0 v. H. angegeben sind, auf Grund der tatsächlichen Entwicklung für 1990 (14,0 v. H.) und 1995 (14,8 v. H.) erhöht werden?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Jahn vom 30. Dezember 1986

Der vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 1985 herausgegebene Forschungsbericht „Projektionen der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung in den Raumordnungsregionen 1978 – 1995 (Raumordnungsprognose 1995)“ ist die Kurzfassung einer im Jahre 1983 abgeschlossenen Forschungsarbeit (Schriftenreihe „Raumordnung“ des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Heft Nr. 06.055).

Derartige Forschungsarbeiten sind Arbeitsgrundlage für Raumordnung und Landesplanung. Wegen unzureichender Datenbasis und unsicherer Annahmen wird jedoch in der Veröffentlichung ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Prognoseergebnisse nur mit Einschränkungen verwertet werden können und wegen des langen Vorlaufs in Teilen fort-schreibungsbedürftig sind. Dennoch hat die Ministerkonferenz für Raumordnung, in der Bund und Länder vertreten sind, die Veröffentlichung der Forschungsarbeit wegen ihres methodisch-wissenschaftlichen Wertes empfohlen.

Die gewünschte Hochrechnung der Prognose aus dem Jahre 1983 auf Grund von einzelnen Teilergebnissen aus dem Jahre 1985 ist aus methodischen Gründen kurzfristig nicht möglich, da aus diesem Anlaß sämtliche der Modellrechnung zugrundeliegenden Annahmen überprüft werden müßten. Eine derartige Aktualisierung wäre im gegenwärtigen Zeitpunkt auch nicht sinnvoll, da zunächst die Ergebnisse der Volkszählung 1987 abgewartet werden müssen.

24. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Welche Gründe sieht die Bundesregierung dafür, daß die Projektionen der Quoten des Erwerbslosenpotential und die Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet zurückgehen und in Niedersachsen dagegen steigen sollen?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Jahn vom 30. Dezember 1986

Obwohl die Datenbasis der Projektionen der Forschungsarbeit, auf die sich Ihre Frage bezieht, überholt ist und sich daher ein Vergleich mit der aktuellen Entwicklung verbietet, wird dennoch deutlich, daß diese Projektionen die Arbeitsmarktsituation in Niedersachsen hinsichtlich des Niveauunterschiedes in etwa zutreffend erfaßt haben.

Entscheidender Grund für die in der Forschungsarbeit prognostizierten Quoten des Erwerbspotentials sowie der Arbeitslosigkeit ist die Entwicklung der Altersstruktur in Niedersachsen. Das Ungleichgewicht zwischen den in den Ruhestand tretenden Personen einerseits sowie den zahlenmäßig starken, einen Arbeitsplatz nachfragenden jüngeren Personen andererseits ist in diesem Bundesland besonders ausgeprägt.

25. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)
- Wie verbindlich ist die Aussage von Bundesbauminister Dr. Schneider vor der Presse am 10. Dezember 1986 in Bonn, das Prinzip der Kostenmiete im Sozialen Mietwohnungsbau bleibe unangetastet, nachdem er selbst wenige Tage zuvor vor dem Untersuchungsausschuß Neue Heimat des Deutschen Bundestages Änderungen des Kostenmietprinzips angekündigt hatte?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Jahn
vom 5. Januar 1987**

Bundesminister Dr. Schneider hat sich in dem Pressegespräch am 10. Dezember 1986 zur sogenannten Unternehmens- oder Solidarmiete geäußert. Er hat klargestellt, er werde dieses Konzept von sich aus nicht wieder aufgreifen.

Vor dem Untersuchungsausschuß „Neue Heimat“ hat sich Bundesminister Dr. Schneider am 27. November 1986 mit der Aussage der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft befaßt, das starre Festhalten an der Kostenmiete erlaube es ihr nicht, sich wirtschaftlich angemessen zu verhalten. Er hat dazu gesagt, daß es noch keinen schlüssigen Vorschlag zur Lösung der Probleme gebe.

26. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)
- Wie verhält sich die Aussage des Bundesbauministers vor der Presse am 10. Dezember 1986 zur Feststellung des Abteilungsleiters im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Eekhoff, in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „Bauen und Siedeln“, „das Preisrecht müsse zugunsten von marktwirtschaftlichen Steuerungselementen gelockert werden“?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Jahn
vom 5. Januar 1987**

Der Abteilungsleiter im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Eekhoff, hat in der vorletzten Ausgabe der Zeitschrift „Bauen und Siedeln“ zu der Forderung Stellung genommen, der Staat müsse den Abriß von Wohngebäuden mit Prämien unterstützen. Er hat diese Forderung zurückgewiesen.

Dr. Eekhoff hält es für unzulässig, die Forderung nach Abrißprämien mit Mängeln des Kostenmietsystems zu begründen. Vielmehr müsse geprüft werden, wie sich diese Mängel beseitigen lassen.

Ein Widerspruch zu den Äußerungen von Bundesminister Dr. Schneider am 10. Dezember 1986 besteht deshalb nicht.

27. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)
- Wie verhält sich die Aussage des Bundesbauministers vor der Presse am 10. Dezember 1986 zur Ankündigung des Staatssekretärs im Bundesjustizministerium vom 25. September 1986, die Unternehmen von den „Fesseln des geltenden Kostenmietrechts“ zu befreien, und einer „Lockerung der starren Mietpreisbindung durch Anpassung der Kostenmiete an die Marktbedingungen“?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Jahn
vom 5. Januar 1987**

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz, Erhard, hat es in seiner Rede am 25. September 1986 vor dem Verband Rheinischer Wohnungsunternehmen als Fehler des geltenden Kostenmietrechts gewertet, daß die Kostenmiete für öffentlich geförderten Wohnraum teilweise die Vergleichsmiete für nicht geförderten Wohnraum überschreitet. Er hat ausgeführt: „Ein Kostenmietprinzip, das eine bestimmte Miethöhe vorschreibt, läßt sich nicht durchhalten, wenn Preisnachlässe gewährt werden müssen, um die Wohnungen überhaupt vermieten zu können.“

Bundesminister Dr. Schneider und der Parlamentarische Staatssekretär Erhard stimmen darin überein, daß über die Beseitigung dieses Mangels nachgedacht werden muß, um Sozialmieter vor überhöhten Mieten zu schützen.

28. Abgeordneter
Müntefering
(SPD)
- Treffen Meldungen zu, daß der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau vor Journalisten erklärt hat, er habe in seinem Ministerium Beamte, die geeigneter wären, die Besenammer eines Landratsamtes zu verwalten, und soll dies bedeuten, daß die Wohnungs- und Städtebaupolitik des Bundesbauministers gescheitert ist, weil er von unqualifizierten Beamten umgeben ist?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Jahn
vom 30. Dezember 1986**

Nein.

29. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Wie hat sich die Gesamtzahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau im Jahre 1986 nach den letzten verfügbaren Zahlen gegenüber dem Vorjahreszeitraum entwickelt?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Jahn
vom 5. Januar 1987**

In den ersten zehn Monaten (Januar bis Oktober) des Jahres 1986 wurden insgesamt für 192 507 Wohnungen Baugenehmigungen erteilt. Damit sind rund 12 v. H. weniger Genehmigungen ausgesprochen worden als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (219 155). Ein Jahr zuvor betrug der Rückgang noch 26 v. H.

1986 ist die Entwicklung allein auf den Nachfragerückgang im Geschoßwohnungsbau um rund 33 v. H. zurückzuführen (1985: 80 190; 1986: 53 635). Dagegen nimmt die Nachfrage bei den Einfamilienhäusern bereits wieder zu. Bis Oktober 1986 lagen die Genehmigungen hier um 8 v. H. über der Vergleichszahl des Vorjahres (1985: 68 626; 1986: 74 093). Auch der Geschoßwohnungsbau hat sich im Verlauf des Jahres 1986 weiter stabilisiert.

30. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- Hält die Bundesregierung dieses Bauvolumen mittelfristig für ausreichend?

**Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Jahn
vom 5. Januar 1987**

Einzelne Jahresergebnisse weichen mehr oder weniger stark vom mittelfristigen Nachfragetrend ab. Auf Grund der günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen kann mit einem Anhalten der wieder positiven Nachfragetendenzen gerechnet werden.

Im übrigen ist es nicht gerechtfertigt, nur auf den Wohnungsneubau abzustellen. Künftig wird ein zunehmender Anteil der Wohnungsnachfrage auf die Verbesserung des Wohnungsbestandes gerichtet sein.

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung
und Technologie**

31. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD) Welche Chancen sieht die Bundesregierung in einer Energiestrategie, die auf die Gewinnung von Wasserstoff durch regenerative Energie zielt, im Verhältnis zu anderen Energieträgern, und wie sehen ihre Forschungs- und Entwicklungsprioritäten zwischen den verschiedenen Energieträgern für die Zukunft aus?
32. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD) Wie hoch sind die bisherigen und gegenwärtigen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen der Bundesregierung für die Gewinnung von Wasserstoff mit Hilfe regenerativer Energien, und wie gliedern sich diese Aufwendungen in Forschungsprojekte und Haushaltsmittel auf?
33. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD) Welche Pläne hat die Bundesregierung in ihrer künftigen Forschungs- und Entwicklungspolitik zur Förderung von Wasserstoff als Energieträger, der mit Hilfe regenerativer Energien gewonnen wird?
34. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD) Welche bi- und multilateralen Forschungs- und Entwicklungskontakte unterhält die Bundesregierung in der Frage der Gewinnung von Wasserstoff durch regenerative Energien, und welche diesbezüglichen Projekte und Kooperationen bereitet die Bundesregierung gegenwärtig vor?

**Antwort des Staatssekretärs Haunschild
vom 7. Januar 1987**

Die Bundesregierung hat in der Pressemitteilung Nr. 95/86 des Bundesministers für Forschung und Technologie (BMFT) vom 18. September 1986 und in einer Dokumentation ihre Meinung über die Chancen des Energieträgers Wasserstoff und die Forschung in diesem Bereich ausführlich dargelegt.

Zu Frage 31:

Die Bundesregierung sieht in der Wasserstofftechnologie als einem Sekundärenergieträger eine Option, deren sorgfältige Untersuchung sie im Hinblick auf Art und Umfang der Realisierung und Einbeziehung in die bestehende Energieversorgungsstruktur als notwendig erachtet.

Sie ist sich dabei bewußt, daß diese Thematik auf Grund ihrer fachlichen Komplexität und Vielschichtigkeit sowie ihrer Langfristigkeit interdisziplinär zu sehen und nur unter dieser Voraussetzung einer Beurteilung zugänglich ist. Der BMFT hat daher bereits im November 1986 einen Sachverständigenkreis (vgl. auch Antwort zu Frage 34) einberufen, um die entsprechenden Fragen systematisch zu analysieren und die notwendigen Forschungsprioritäten zu definieren.

Zu Frage 32:

Die Höhe der bisherigen und gegenwärtigen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen der Bundesregierung für die Gewinnung von Wasserstoff mit Hilfe regenerativer Energien und die diesem thematischen Schwerpunkt zugeordneten Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und Projekte insbesondere auf den Gebieten der

- Photovoltaik
- Solarthermischen Kraftwerke
- Elektrolyse
- Photoelektrochemie
- Brennstoffzellen
- Transport und Speicherung von Wasserstoff

können einer Übersicht in Form eines DAVOR-Auszugs entnommen werden, die ich Ihnen gerne zukommen lassen werde.

Zu Frage 33:

Im Vordergrund des BMFT-Arbeitsprogramms steht das erklärte Ziel, Sonnenenergie als Primärenergiequelle soweit zu verbilligen, daß mit ihrer Hilfe gewonnener Wasserstoff als Sekundärenergieträger und Energiespeicher wirtschaftlich einsetzbar wird. Es sind sechs Schwerpunkte hervorzuheben, die mit insgesamt etwa 100 Millionen DM pro Jahr vom BMFT gefördert werden können.

1. Erhöhung der Wirtschaftlichkeit photovoltaischer Verfahren. Hierfür sind, je nach Qualität der eingereichten Vorschläge, 60 bis 100 Millionen DM an BMFT-Fördermitteln vorgesehen.
2. Weiterentwicklung solarthermischer Kraftwerke einschließlich der Aufwindtechnik. Eine entsprechende Förderung kann dort ansetzen, wo kostensenkendes Entwicklungspotential und industrielle Unternehmen mit eigenem Geld als Partner vorhanden sind. Entsprechende Fördermittel sind eingeplant.
3. Elektrolyse, mit Schwerpunkt Hochtemperatur-Elektrolyse. Nach Ablauf der gegenwärtigen Entwicklungsphase bis Ende 1987 wird geprüft, ob das Interesse von Industrieunternehmen an der bisherigen Entwicklung so stark ist, daß eine weitere Förderung vertretbar wird.
4. Photo(-elektro-)chemie. Es handelt sich dabei eher noch um Grundlagenforschung, für die ein Jahresbudget von mehr als 5 Millionen DM für förderungswürdige Vorschläge bereitsteht.
5. Brennstoffzellen. Ihre Entwicklung muß so gefördert werden, daß die im Ausland (insbesondere USA und Japan) breiter angelegten Programme verfolgt und beurteilt werden können. Mangels aktuellem

Industrieinteresse sind diese Fördermaßnahmen zunächst auf Forschungseinrichtungen (DFVLR), Universitäten, Fraunhofer-Institut (ISE) beschränkt.

6. Transport und Speicherung von Wasserstoff. Hier werden weder grundsätzliche noch zeitkritische Forschungsfragen aufgeworfen. Dennoch könnten sich im Laufe der Zeit einzelne werkstoffkundliche Probleme als sinnvolle Förderprojekte herausstellen.

Zu Frage 34:

Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung auch übergreifende Systemprojekte zum Thema Wasserstoff. So ist 1985 ein Großprojekt zusammen mit Saudi-Arabien und dem Land Baden-Württemberg – das sogenannte Hysolar-Programm – angelaufen. In diesem Programm arbeiten die DFVLR, die Universität Stuttgart, die saudische Forschungseinrichtung King-Abdulaziz-City-for-Science-and-Technology sowie zwei saudische Universitäten zusammen. Ziel des Projektes ist es, nach kleineren Laboranlagen ein 100 kW-Photovoltaikkraftwerk mit nachgeschalteter Elektrolyse zu errichten und Forschungen zur Photoelektrochemie sowie zur Wasserstoffanwendungstechnik durchzuführen. Das Projekt kostet etwa 8 Millionen DM pro Jahr. Davon tragen der BMFT und das Land Baden-Württemberg je 25 v. H., Saudi-Arabien 50 v. H.

Zur Zeit wird außerdem mit einem großen deutschen Elektrizitätsversorgungsunternehmen ein umfangreiches Versuchsprojekt zum solaren Wasserstoff auf deutschem Boden diskutiert. Die Bundesregierung hat durch Erteilung einer sogenannten unverbindlichen Inaussichtstellung zum Jahreswechsel 1986/87 die Grundlagen für eine entsprechende partnerschaftliche Zusammenarbeit gelegt.

Darüber hinaus ist die Bundesregierung seit 1986 damit befaßt, die fachlichen und förderungspolitischen Leitlinien einer potentiellen Wasserstofftechnologie zu erarbeiten. Sie hat zu diesem Zweck einen Sachverständigenkreis einberufen, der die komplexe Thematik dieser Technologie auf den Gebieten der Chemie, Photovoltaik, Solarthermie, der Energieversorgung durch Gas- und Elektrizitätswirtschaft sowie der Systemanalyse zur Energieversorgung analysieren soll. Ziel ist, die Grundlage für eine langfristig ausgerichtete Forschungs- und Entwicklungsstrategie zu erarbeiten, die eine Einordnung der entsprechenden Förderungsmaßnahmen hinsichtlich ihrer Bedeutung und zeitlichen Reihenfolge ihrer Bearbeitung erlaubt.

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

- | | |
|---|--|
| 35. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) | Hat die Bundesregierung Genehmigungen für Polizeihilfen an El Salvador und für die Ausfuhr von Hubschraubern nach Surinam erteilt, bzw. beabsichtigt sie, entsprechende Genehmigungen zu erteilen? |
|---|--|

**Antwort des Staatssekretärs Lengl
vom 7. Januar 1987**

Nein, derartige Genehmigungen sind weder erteilt worden noch sind sie beabsichtigt.

36. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD)
- Wie hoch war in den vergangenen vier Jahren der Anteil der Nahrungsmittelhilfe an der Entwicklungshilfe, und in welchem Maße wurde die Nahrungsmittelhilfe dabei aus Entwicklungsländern selbst bezogen?

**Antwort des Staatssekretärs Lengl
vom 7. Januar 1987**

Die Ausgaben für Nahrungsmittelhilfe einschließlich Ernährungsicherungsmaßnahmen betragen in Millionen DM

– 1982:	231,2
– 1983:	201,1
– 1984:	261,3
– 1985:	272,9

Dies entspricht einem Anteil der Nahrungsmittelhilfe an der öffentlichen Entwicklungshilfe des Einzelplans 23 in v. H.

– 1982:	3,9
– 1983:	3,2
– 1984:	4,1
– 1985:	4,1

Der Anteil der in Entwicklungsländern aufgekauften Nahrungsmittel an den Ausgaben für Nahrungsmittelhilfe einschließlich Ernährungsicherungsmaßnahmen betrug in v. H.

– 1982:	15,4
– 1983:	19,3
– 1984:	15,3
– 1985:	17,3

Der mengenmäßige Anteil der Getreideaufkäufe in Entwicklungsländern an den bilateralen Getreidelieferungen im Rahmen des Internationalen Nahrungsmittel-Übereinkommens betrug in v. H.

– 1982:	26,0
– 1983:	36,9
– 1984:	22,9
– 1985:	28,4

Bonn, den 9. Januar 1987

Berichtigung

In der Drucksache 10/6768 ist in der Antwort auf die Fragen 18 und 19 in Absatz 2, Zeile 2, „22,5 Milliarden DM“ durch „22¹/₂ Milliarden DM“ und in Zeile 4 „22,5 Milliarden DM“ durch „25¹/₂ Milliarden DM“ zu ersetzen.